



Eingang:

Frankfurt, den 25. April 2005

Antrag der SPD-Fraktion im Römer

Änderungsantrag zu NR 1440

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

der Antrag NR 1440 wird angenommen mit folgenden Änderungen:

1. die Absätze 1a und 1 b werden gestrichen
2. der Absatz 1c beginnt wie folgt: „in einer Magistratsvorlage.....“
3. dem Absatz 1 wird eine Präambel vorangestellt mit folgendem Wortlaut:

“Die Stadtverordnetenversammlung erklärt die Erhöhung des Anteils an Migrantinnen und Migranten und der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Beschäftigten der Stadtverwaltung zur wichtigen Aufgabe der Personalpolitik. Unter den Beschäftigten der Stadtverwaltung soll sich die Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung besser widerspiegeln. Dies ist ein langfristiger Prozess. Der Magistrat wird beauftragt gemäß dieser Zielsetzung und den nachfolgend beschriebenen Maßnahmen zu verfahren.

4. dem Absatz 3 wird eine Präambel vorangestellt mit folgendem Wortlaut

“Unter ‚Interkultureller Kompetenz‘ wird wie im Bericht B564/2004 definiert die individuelle Schlüsselkompetenz verstanden, die alle Mitglieder der Gesellschaft erwerben sollten, um sachgerecht mit den unterschiedlichen Formen von Vielfalt (in unserer Gesellschaft) umgehen zu können.“

Begründung:

Die Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung ist eine wichtige Aufgabe der städtischen Personalpolitik. Sie steht als solche neben anderen wichtigen Aufgaben wie bspw. der Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, der Modernisierung der Verwaltung und der weiteren Ausbildung über den Bedarf. Sie muss langfristig und nachhaltig sichergestellt werden, kann jedoch nicht als „übergeordnet“ gegenüber den anderen, ebenfalls wichtigen Aufgaben angesehen werden.

Wichtig ist dabei weniger die Erstellung eines durchgängigen, bürokratischen Zielsystems, als vielmehr die konkrete und wirkungsvolle Beseitigung von strukturellen Einstellungs- und Aufstiegshindernissen, denen Bewerber/innen mit Migrationshintergrund heute nach wie vor ausgesetzt sind.

SPD-Fraktion im Römer

Klaus Oesterling
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerin:

Stv. Sylvia Weber